

Deutliche Konjunkturverlangsamung 2001. Allmählich beschleunigte Produktionszunahme 2002. Kräftigung des Aufschwungs 2003. Wirtschaftspolitik stimuliert, bleibt aber stabilisierungs- und konsolidierungsorientiert. Option zur Einführung des Euro wird offen gehalten. Nach wie vor Überschüsse bei Staatshaushalt und Leistungsbilanz. Verlangsamter Preisanstieg. Nur wenig verschlechterte Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Wichtigste Ereignisse im politischen und sozialen Umfeld waren im Jahre 2001 das abgesagte Referendum auf den Färöer-Inseln zur Loslösung der Inselgruppe von Dänemark, die im November abgehaltenen Parlamentswahlen sowie der dabei mächtig aufgeflammete Streit um die Ausländerpolitik.

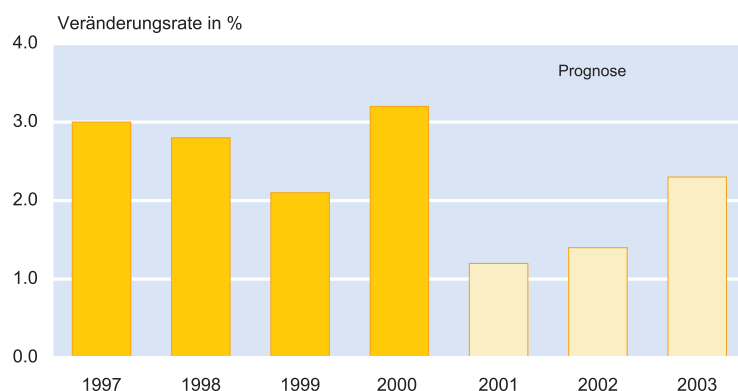
Im Frühjahr wurde auf den seit 1380 zu Dänemark – aber nicht zur EU – gehörenden und sich in inneren Angelegenheiten weitestgehend selbst verwaltenden Färöer-Inseln das geplante Referendum über die Unabhängigkeit von Dänemark ad acta gelegt. Kopenhagen hatte für den Fall einer Loslösung vom Mutterland mit der Einstellung aller Subventionen in Höhe von jährlich 1 Mrd. Kronen (134 Mill. Euro) gedroht.

Der seit 1993 mit unterschiedlichen Koalitionen regierende Ministerpräsident Nyrup Rasmussen glaubte die nach den Terroranschlägen vom 11. September und dem Afghanistankrieg infolge der allgemeinen Unsicherheit etwas gestiegene Popularität seiner Sozialdemokratischen Partei nützen zu können und schrieb vorzeitige Wahlen zum Folketing aus; normal hätte die Legislaturperiode erst 2002 geendet. Allerdings nützte ihm weder dies, noch die ausgezeichnete wirtschaftspolitische Bilanz seiner langen Regierungszeit. Vielmehr wurde er dafür abgestraft, dass seine Regierung entgegen den Versprechungen nach seinem Wahlsieg 1998 die Regelungen für die beliebte Frühpensionierung verschlechterte. Die Wirtschaftspolitik stand nicht zur Diskussion, und das Thema Euro-Einführung war nach dem negativ ausgegangenen Referendum im Jahre 2000 tabu. Polarisierendes und hoch emotional besetztes Wahlkampfthema war vielmehr die Ausländerpolitik (der Anteil der Immigranten und ihrer Nachkommen beträgt 7% der Gesamt-

bevölkerung). Obwohl Dänemark eines der restriktivsten Einwanderungsgesetze in Europa hat, rivalisierten die Parteien mit Vorschlägen zu seiner Verschärfung, wengleich auch hier längerfristig eine Netto-Einwanderung zur Aufrechterhaltung von Wirtschaftskraft und sozialen Sicherungssystemen nötig ist. Die Vorschläge richteten sich weder gegen den seit Jahrzehnten bestehenden freien nordischen Arbeitsmarkt noch gegen den EU-Arbeitsmarkt. Es ging vielmehr um Einwanderer mit fremdem kulturellen Hintergrund und um ihre Integration in die Gesellschaft. Angeheizt wurde der Diskurs von der rechtspopulistischen, ausgeprägt fremden- und EU-feindlichen Dänischen Volkspartei.

Diese Partei konnte bei den Parlamentswahlen vom November 2001 ihre Mandate im neuen Folketing fast verdoppeln. Noch stärker gewann die liberale Venstre. Sie wurde zur stärksten Partei. Dies auch, weil sie sich programmatisch von neo-liberalen Positionen hin zur politischen Mitte bewegt und so sozialdemokratische Stimmen gewonnen hatte. Die Sozialdemokraten erlitten eine herbe Niederlage

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

und sind erstmals seit 1920 nicht mehr führende politische Kraft. Allerdings – und das wird eine Warnung für die Venstre sein, nicht zu weit vom Mittelkurs zu steuern – hielten sie sich bei den gleichzeitig durchgeführten Kreis- und Gemeindewahlen ganz gut und gewannen verschiedentlich sogar. Nun in der Opposition könnte der linke Flügel der Partei sich stärker bemerkbar machen.

Die **neue Regierung**, geführt von Fogh Rasmussen und gebildet aus der Venstre und den Konservativen, ist wieder ein Minderheitskabinet. Sie verfügt nur über 72 der 179 Sitze im stark fragmentierten Parlament, muss sich also ihre Mehrheiten von Fall zu Fall zusammensuchen. Dabei will sie zur Dänischen Volkspartei, auf deren Stimmen sie in einigen Fällen ebenfalls angewiesen sein wird, Distanz halten. Das neue Kabinet Rasmussen wurde gerade rechtzeitig installiert, um die **dänische EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte 2002** tatkräftig vorbereiten zu können.

Dies und die traditionelle Konsensorientierung von Politik und Gesellschaft lassen gegenüber der 1993 eingeschlagenen Linie von Nyrop Rasmussen **keinen grundsätzlich veränderten politischen Kurs** erwarten, und Fogh Rasmussen hatte das auch gar nicht angestrebt. Dies dürfte ebenfalls für die Arbeitsmarktpolitik gelten, so dass von dieser Seite her kaum Konflikte mit den Gewerkschaften drohen. Mehrere Bereiche (u.a. das teilweise unbefriedigende Gesundheitswesen sowie die Altenpflege, aber auch die bereits in Gang gekommene umfänglichste Reform der staatlichen Behörden seit 1953 verbunden mit einer Entbürokratisierung, welche auch die Abschaffung von 99 voll oder teilweise staatlich subventionierter Institutionen einschließt) werden allerdings Änderungen erfahren. In erster Linie gilt dies jedoch für die Einwanderungspolitik, für deren erhebliche Verschärfung dem Parlament bereits ein Maßnahmenbündel vorliegt. Bewegung dürfte ferner in die Integrationspolitik kommen: Die Dänemark im Vertrag von Amsterdam von der EU zugestandenen Vorbehalte bezüglich der Teilnahme an der Europäischen Währungsunion sowie die Ausnahmeregelungen bei der gemeinsamen Asyl-, Rechts- und Verteidigungspolitik der EU sollen aufgegeben werden. Und schließlich sind – allerdings schon heftig umstritten – spürbare Einschnitte bei der Entwicklungshilfe für Afrika vorgezogen.

Wirtschaftspolitisch soll die bisherige Orientierung im Allgemeinen beibehalten werden. Das gilt in erster Linie für die Fortsetzung der stabilisierungs- und konsolidierungsorientierten Linie, die, seit Ende 1982 konsequent verfolgt, die Sanierung der dänischen Volkswirtschaft ermöglichte und deren Erfolge ihre nunmehr weitgehende Resistenz gegenüber externen Schocks erklärt. Auch ist geplant, die Einkommensteuerbelastung stabil zu halten. Mehr Schwung ist bei der Privatisierung von öffentlichen Unternehmen ab-

zusehen. Den Beitritt Dänemarks zum Euro-Raum wird man bedachtsam fördern.

Wirtschaftsentwicklung 2001

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich etwa wie folgt dar: In den **Vereinigten Staaten** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 1%. In **Japan** gingen Nachfrage und Produktion um etwa 1/2% zurück. In **Mitteuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um gut 2 1/4%. In **Westeuropa** nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 1 3/4% zu; in der EU und im Euro-Raum erhöhte es sich in annähernd gleichem Maße und in Deutschland um ca. 1/2%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt knapp 25 US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr sind das 12% weniger. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Jahre 2000 auf Dollar-Basis um ungefähr 10%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 0,90 US-Dollar. 2000 waren es 0,92 US-Dollar gewesen. Das Volumen des **Welthandels** hat gegenüber 2000 fast stagniert.

In **Dänemark** führten die Terroranschläge vom 11. September und die hierauf folgende deutliche Verschlechterung des weltwirtschaftlichen Klimas zwar ebenfalls zu einer Verschlechterung des Wirtschaftsklimas. Anders als in anderen Ländern war die laufende Phase der konjunkturellen Abkühlung nach dem Boom in den späten neunziger Jahren aber durchaus geboten. Die Auswirkungen des Schocks zeigten sich in erster Linie im erheblich verschlechterten Geschäftsklima des industriellen Sektors (einschließlich Bau). Das Konsumklima trübte sich zwar ebenfalls ein, blieb jedoch günstiger als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern. So kam es statt der zu erwartenden konjunkturellen Belebung im späteren Verlauf des Jahres zu einer annähernden Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion ab Herbst. Diese Entwicklung war hauptsächlich bedingt durch die abflauende Auslandsnachfrage. Aber auch die auf Stabilisierungskurs liegende Wirtschaftspolitik spielte eine Rolle. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um knapp 1 1/4% expandiert haben. Diese Schätzung ist allerdings noch recht unsicher, da die verfügbaren Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vermutlich – wie üblich – spürbar revidiert werden. Die Konsumentenpreise sind seit dem Spätsommer etwa stabil. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt blieb im westeuropäischen Vergleich günstig. Staatshaushalt und Leistungsbilanz wiesen wiederum Überschüsse aus.

Den stärksten Dämpfer erhielt die Konjunktur durch die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen. Sie dürfte gegenüber 2000 zwar noch um etwa 4% zugenommen haben. Infolge des hohen Überhangs zu Jahresbeginn bedeutet dies nach

zunächst annähernder Stagnation einen Rückgang im zweiten Halbjahr, bedingt durch die ausgeprägte weltwirtschaftliche Schwäche. Außerdem, und das erweist sich in derartigen Situationen als besonders ungünstig, sind die Lohnstückkosten erneut etwas schneller gestiegen als im westeuropäischen Durchschnitt, so dass die preisliche Wettbewerbsfähigkeit nachgelassen hat. Da die **Einfuhr** jedoch lediglich um knapp 2% expandierte, resultierte trotz gegenüber 2000 annähernd unveränderter Terms of Trade ein gegenüber 2000 merklich erhöhter Überschuss der **Leistungsbilanz** von ungefähr 3% des BIP.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** haben noch stärker als erwartet an Schwung verloren und sind um etwa 3 1/2% zurückgegangen. Es entfiel vor allem der vorjährige Sondererfolg – die Behebung der großen Schäden nach dem »Jahrhundertsturm« Ende 1999 – so dass es bei den Bauinvestitionen, vor allem aber im Wohnungsbau zu einer tiefen Rezession kam, obwohl die öffentliche Hand erheblich mehr als im Vorjahr investierte. Bei den Ausrüstungsinvestitionen folgte dem vorjährigen Boom ein nur leichter Rückgang, bedingt durch deutlich verschlechterte Absatz- und Ertrags-erwartungen sowie rückläufige Kapazitätsauslastung.

Der **private Konsum** expandierte nach der Stagnation im Jahre 2000 um etwa 1%. Beschäftigung und Reallöhne nahmen etwas zu, und die Baisse an den Aktienbörsen hatte wenig Einfluss auf das Verhalten der Verbraucher, da Aktienbesitz nur einen geringen Anteil am Privatvermögen hat. Der **Staatsverbrauch** expandierte mit 1 3/4% rascher als zuvor.

Auf dem **Arbeitsmarkt** hat sich die Lage zunächst kaum noch weiter verbessert und zuletzt etwas verschlechtert. Die Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt bei 4 1/2%.

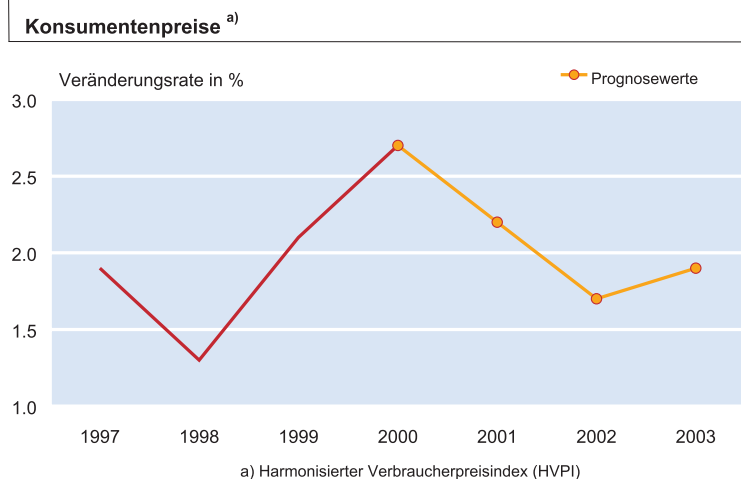
Die **Konsumentenpreise** erhöhten sich im Schnitt des Jahres um 2,3%. Bis zur Jahresmitte war der Preisauftrieb deut-

lich gewesen, bedingt durch die starke Verteuerung des Erdöls, die Aufwertung des US-Dollar, witterungsbedingte Verteuerungen von Saisonprodukten sowie die Folgen von BSE und MKS. Anschließend blieb das Preisniveau annähernd unverändert, da der Ölpreis zurückging, die Krone gegenüber dem US-Dollar aufwertete und die konjunkturelle Flaute eingesetzt hatte.

Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik stellt nach wie vor auf eine Stabilisierung des Lohn- und Preisniveaus sowie auf die weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ab; hieran ändert auch das vorgesehene Einfrieren der Einkommensteuerbelastung nichts. Dies hängt auch mit der ausdrücklich offen gehaltenen Option für den Beitritt zur Europäischen Währungsunion und damit mit einer Erfüllung der im Vertrag von Maastricht fixierten Beitrittskriterien zusammen. Gleichzeitig stellt man jedoch auf die Sicherung von Wirtschaftswachstum und möglichst hohem Beschäftigungsstand ab. Unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten ist eine Forcierung der Privatisierungen zu erwarten. Die Konjunktur erhält 2002 und bis ins Jahr 2003 hinein Anregungen von der Wirtschaftspolitik, wobei geldpolitisch ein expansiver, lohnpolitisch zunächst ein moderaterer Kurs als bisher gesteuert wird.

Die **Geldpolitik** orientiert sich weiterhin am Vorgehen der Europäischen Zentralbank (EZB). Durch die Mitgliedschaft im EWS (Europäisches Währungssystem) II, dem Dänemark seit Anfang 1999 angehört, sind ihr relativ enge Grenzen gesetzt. Denn der Wechselkurs der Krone darf nur um jeweils maximal 2,25% vom Leitkurs gegenüber dem Euro abweichen. Droht diese Bandbreite überschritten zu werden, dann muss die dänische Notenbank eingreifen. Und erst wenn das nicht reicht, wird die EZB tätig. Seit drei Jahren liegen die Notierungen der Krone sehr eng beim Leitkurs von 7,46 Kronen pro Euro, und es bedurfte keiner nennenswerten Eingriffe zur Kursstützung mit Ausnahme einer kurzen Zeit im September 2000, als in Dänemark über die Einführung des Euro (mit negativem Resultat) abgestimmt wurde. Denn die dänische Geldpolitik folgte bei ihren Zinsentscheidungen stets in engem zeitlichen Abstand dem Vorgehen der EZB. Mitte 2001 und im Oktober wurden zudem Phasen der Kronenstärke genutzt, um den Abstand zum EZB-Leitzins auf nunmehr 35 Basispunkte zu verringern. Die im Anschluss an den 11. September erfolgten Zinssenkungen der EZB wurden nachvollzogen; derzeit beträgt der Schlüsselzins 3,25%. Sollte die EZB die monetären Zügel nochmals lockern, würde die dänische Notenbank mitziehen. Denn dieser Kurs ent-



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

spricht jetzt ihren wirtschaftspolitischen Intentionen umso mehr, als sich der Preisauftrieb deutlich beruhigt hat und die konjunkturelle Flaute relativ moderate Lohnabschlüsse erwarten lässt. Infolge der üblichen Zeitverzögerung entfaltet sich die konjunkturstimulierende Wirkung des expansiven geldpolitischen Kurses erst gegen Mitte 2002 voll. Und sie reicht selbst dann ins Jahr 2003 hinein, wenn, ausgehend von den USA, die geldpolitische Richtung gegen Ende 2002 geändert werden sollte.

Die **Währungspolitik** steht mit der Einführung von Euronoten und -münzen im Euro-Raum zunächst vor keinem größeren Problem – im Gegensatz zur Schweiz, die völlig von Ländern umgeben ist, in denen der Euro nun auch sortenmäßig zirkuliert. Die D-Mark, die bisher an der Südgrenze und zur Touristensaison eine gewisse Rolle als Zweitwährung gespielt hatte, wird lediglich durch den Euro ersetzt. In der Wirtschaft hält die Tendenz zur Euroisierung an (43% des Warenexports gehen in den Euro-Raum, und etwa die Hälfte der Einfuhr kommt dort her). Im Fremdenverkehr wird man jedoch ähnlich der Schweiz den Euro dort akzeptieren, wo die Touristen aus dem Euroraum einen Großteil der Gäste stellen. Für den Beitritt Dänemarks zur Europäischen Währungsunion gibt es wieder eine Perspektive. Jüngsten Umfragen zufolge befürwortet nun etwas mehr als die Hälfte der Wähler die Einführung des Euro; allerdings war diese schon 1999 von einer, allerdings nur einfachen, Mehrheit präferiert und trotzdem im September 2000 per Referendum abgelehnt worden. Aufgrund dieser Erfahrung wird die Regierung in der Euro-Frage bedachtsam handeln, auch wenn die Einführung von Euronoten und -münzen im Euro-Raum nicht nur reibungslos geklappt, sondern auch das »Europagefühl« gestärkt hat.

Die **Finanzpolitik** gibt der Konjunktur 2002 und 2003 weitere Impulse (diese dürften sich jeweils auf reichlich 1/4 Prozentpunkt des BIP belaufen), hält aber grundsätzlich an der sehr erfolgreichen konsolidierungsorientierten Linie fest. Im Einklang mit dem mittelfristigen Finanzplan 1998/2002 werden auch 2002 die Energiesteuern erhöht, die steuerliche Abzugsfähigkeit von Schuldzinsen verringert und die Einkommensteuer sowie die Körperschaftsteuer (auf 25 nach ursprünglich 34%) herabgesetzt. Der im Staatshaushalt 2002 budgetierte Überschuss von 35,7 Mrd. Kronen (4,8 Mrd. Euro) wird sich aber infolge der inzwischen stark veränderten Konjunkturlage nicht realisieren lassen. Denn die Regierung lässt die automatischen Stabilisatoren wirken und nimmt Abweichungen von den mit der EU vereinbarten Konsolidierungszielen hin. Der Finanzierungsüberschuss der öffentlichen Hand dürfte statt der geplanten 2,6% des BIP nur etwa halb so hoch ausfallen. Im Jahre 2001 betrug das Aktivum vermutlich knapp 2% (ohne die Einnahmen aus der Veräußerung von UMTS-Lizenzen), und die öffentliche Verschuldung ist auf reichlich 43% des BIP gesunken; 1993, als die Verschuldung ihren Höhepunkt erreichte, war sie mit

83,8% fast doppelt so hoch gewesen. Für eine Lockerung der finanzpolitischen Zügel besteht dank dieser enormen Konsolidierungsleistung also reichlich Spielraum. Der im Sommer vorzulegende Staatshaushalt 2003 wird zur finanzpolitischen Nagelprobe für die Regierung. Grundsätzliche Änderungen des bisherigen Kurses sind nicht geplant, infolge der Mehrheitsverhältnisse im Parlament nicht möglich und wegen des EU-Ratsvorsitzes auch nicht opportun. Verbesserungen des in einigen Bereichen unzulänglichen Gesundheitswesens sind ebenso populär wie das Einfrieren der Einkommensteuerbelastung; einer durchschnittlichen Arbeitnehmerfamilie mit zwei Kindern und einem Verdiener bleiben vom Bruttolohn nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben etwa 69% – der geringste Prozentsatz aller westlichen Industrieländer. Woher die dazu nötigen Mittel kommen sollen, ist noch unklar, denn die geplante kompensierende Kürzung der Entwicklungshilfe ist bereits zu einem größeren Stein des Anstoßes geworden.

Die **Ordnungspolitik** bekommt eine andere Nuance insofern, als die Privatisierungen forciert werden. Nicht nur die Anteile an der Fluglinie SAS will man verkaufen (auch die Regierungen Norwegens und Schwedens wollen sich von ihren Anteilen trennen), sondern auch das Elektrizitätsunternehmen Nesa, die Post und die staatliche Erdölgesellschaft etc.

Integrationspolitisch will die neue Regierung, wie die vorige auch, Dänemark stärker in die EU integrieren. Die Chancen hierfür scheinen im Zuge des nach dem 11. September spürbaren Integrationschubs in der EU und des durch die EU vermittelten Sicherheitsgefühls der Bürger erheblich besser zu sein als zuvor. Mitte 2001 hatte die Regierung ein Weißbuch vorgelegt, in dem Dänemarks Rolle in Europa sowie die Folgen der nur halbherzigen EU-Integration dargestellt wird. Die Reaktion hierauf war indes keine konstruktive Diskussion, sondern nur der gehässige Austausch altbekannter Argumente. Begünstigt durch die dänische EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2002 könnte ein Anlauf zur Annullierung wenigstens eines der vier dem Land im Vertrag von Amsterdam (Maastricht II) zugestandenen Vorbehalte – Europäische Währungsunion, gemeinsame Asyl-, Rechts- und Verteidigungspolitik – unternommen werden. Jüngsten Umfragen zufolge haben die Befürworter einer Übernahme des Euro jetzt eine leichte Mehrheit bei der Bevölkerung; in Schweden ist die Stimmung innerhalb kurzer Zeit von deutlicher Ablehnung auf klare Zustimmung zum Euro umgeschlagen, doch wird erst nach den Reichstagswahlen im September 2003 ein Referendum über den Beitritt zum Euro-Raum stattfinden. Hierfür waren im Vorfeld des negativ ausgegangenen Referendums vom Herbst 2000 alle Vorbereitungen getroffen worden: Zwischen zustimmendem Referendum und Beitritt zum Euro-Raum sollte ein Jahr liegen, und weitere zwei bis drei Jahre sind bis zur Einführung der Euronoten und -münzen vorgesehen. Während einer Abschlussphase von zwei Monaten können Euro und

Krone – wie derzeit in fast allen Euro-Ländern – parallel zirkulieren. Basierend auf den Erfahrungen im Euro-Raum dürfte man die Fristen verkürzen.

In der **Lohnpolitik** hat die ausgesprochen dezentrale Lohnfindung trotz aller Bemühungen um eine stärkere Zentralisierung in den vergangenen Jahren, mitbedingt durch die gute Konjunktur und die restriktive Finanzpolitik, eine Dämpfung des Lohnauftriebs verhindert. Nach Jahren der Übersteigerung ist man jedoch dabei, auf einen einigermaßen moderaten Kurs zurückzufinden. Für die verarbeitende Industrie sieht der Rahmenvertrag vom März 2000 mit 4% p.a. zwar immer noch überrissene Anhebungen vor. Aber in anderen Bereichen ist eine Mäßigung zu beobachten. Die Arbeitskosten pro Stunde dürften sich nach rund 4¹/₂% im Jahre 2000 heuer um etwa 3³/₄% und 2003 um 3¹/₄% erhöhen. Aber auch damit, wie auch beim Anstieg der Lohnstückkosten, liegt Dänemark weiter über dem westeuropäischen Durchschnitt. Allerdings dürften die Unternehmen dieses Manko wie bisher durch Rationalisierung, Spezialisierung auf hochwertige Produkte etc. neuerlich auffangen können.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2002

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden unterstellt: In den **Vereinigten Staaten** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 1¹/₄%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung geht in **Japan** um ca. 1% zurück. In **Mitteleuropa** nehmen Nachfrage und Produktion um etwa 2¹/₄% zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 1¹/₂% ausgeweitet; für die EU und den Euro-Raum sind ähnliche Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland gut 1²/₂% beträgt. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 20 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) sinken gegenüber 2001 um ungefähr 6¹/₂%. Der **Wechselkurs des Euro** bewegt sich im Jahresdurchschnitt innerhalb einer Bandbreite von 0,90 bis 1 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandiert in einer Größenordnung von 2¹/₂%.

Die **dänische Volkswirtschaft** erweist sich im historischen Rückblick gesehen als bemerkenswert widerstandsfähig. Früher ist es bei vergleichbaren Situationen zu Währungs- und Inflationsschüben und Leistungsbilanzproblemen gekommen. Jetzt – das ist allerdings auch eine Gunst der konjunkturellen Stunde – wird die konjunkturelle Abkühlung nicht nur als Abwehr gegen Überhitzungserscheinungen vielfach begrüßt, sondern Staatshaushalt und Leistungsbilanz weisen nach wie vor Überschüsse aus, die Inflation ist mäßig, und der Wechselkurs der Krone bleibt gegenüber dem Euro stabil. Dies ist das Resultat der seit Herbst 1982 laufenden

klar konzipierten und konsequent durchgeführten Sanierung von Volkswirtschaft und Staatsfinanzen.

Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um annähernd 1¹/₂% (also etwa dem westeuropäischen Durchschnitt entsprechend) expandieren, stimuliert von der Wirtschaftspolitik und der anspringenden Weltkonjunktur. Im Verlauf bedeutet das nach vorübergehender Stagnation eine – etwa zum Beginn des zweiten Quartals einsetzende und sich anschließend verstärkende – konjunkturelle Belebung; beim Geschäftsklimaindex der verarbeitenden Industrie war die Bodenbildung im vierten Quartal 2001 erfolgt. Während der Konsum die Konjunktur weiter stützt, kommen die dynamischen Einflüsse vom Export und von den Bruttoanlageinvestitionen. Die Aufwärtsentwicklung beginnt zu spät und wird auch nicht stark genug sein, als dass noch heuer Überhitzungsgefahren – bei Löhnen, Preisen sowie auf dem Arbeitsmarkt – akut werden könnten. Der Preisauftrieb ist mäßig, die Lage auf dem Arbeitsmarkt ändert sich nicht nennenswert, und die Leistungsbilanz weist wieder einen Überschuss aus.

Der **private Konsum** dürfte sich um knapp 1³/₄%, im Verlauf also leicht beschleunigt, erhöhen. Die Zunahme entspricht ungefähr dem Anstieg der Reallöhne. Der von den Ereignissen des 11. September 2001 ausgehende Schock ist bereits abgeklungen. Das auf der Basis von Verbraucherumfragen erhobene Konsumklima hatte sich Ende 2001 wieder deutlich verbessert. Der Index lag erheblich über dem Mittel der neunziger Jahre, welches selbst im Oktober – dem jüngsten Tiefpunkt – noch knapp übertroffen worden war. Anregend wirkt die Wirtschaftspolitik. Besonders die gesunkenen kurzfristigen Zinsen entlasten die Budgets der privaten Haushalte – vor allem wenn die Verzinsung ihrer Hypotheken flexibel ist. Außerdem ist jetzt Sparen weniger attraktiv, und die Haus- und Wohnungspreise tendieren weiter aufwärts. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt verändert sich wenig. Und von den Öl- und Gaspreisen, aber auch von den Importpreisen generell gehen eher kaufkraftstärkende Effekte aus. Zudem ist der Wettbewerb lebhaft. Der **Staatsverbrauch** nimmt mit rund 1¹/₂% etwa im Rhythmus des Vorjahres zu.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen gewinnt im Zuge des weltwirtschaftlichen Aufschwungs, vor allem aber der konjunkturellen Erholung in Westeuropa (dorthin gehen gut zwei Drittel der Waren- und noch mehr der Dienstleistungsexporte) deutlich an Fahrt. Wegen des Unterhangs Anfang 2002 dürfte sich im Jahresdurchschnitt jedoch lediglich eine Ausweitung um knapp 2% errechnen. Die Lohnstückkosten steigen etwa im Rhythmus Westeuropas. Wie die zurückliegenden Jahre zeigen, haben es viele Unternehmen verstanden, sich durch Rationalisierung und die Entwicklung hochqualitativer innovativer Produkte gerade auch in internationalen Märkten zu behaupten. Die **Einfuhr** wird stärker zunehmen als die Ausfuhr. Da sich die Terms of Trade nur

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	1999	2000	2001 ^{a)} EU ^{c)}	2002 ^{a)}			2003 ^{a)}		
				DØR ^{b)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}	DØR ^{b)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}
Bruttoinlandsprodukt	2,1	3,2	1,3	1,2	1,6	1,3	2,0	2,5	2,3
Inlandsnachfrage	-0,6	2,6	0,5	0,9	2,0	1,1	1,4	2,3	1,8
Privater Verbrauch	0,5	-0,1	1,2	1,3	1,7	0,9	2,0	2,0	1,2
Staatsverbrauch	1,4	1,0	1,7	1,2	1,4	1,1	1,2	1,2	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	1,6	9,9	-2,3	-0,6	3,3	1,4	-0,4	4,1	3,6
Exporte ^{e)}	9,7	11,6	4,1	1,2	1,8	3,3	4,2	5,6	6,7
Importe ^{e)}	2,2	10,8	2,5	0,6	2,8	2,9	3,2	5,5	6,1
Industrieproduktion (verarbeitende Industrie)	2,7	6,2	1,5	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPI)	2,1	2,7	2,3	1,6	1,7	1,7	1,5	2,0	1,8
Arbeitslosenquote	5,2	4,7	4,6	5,8	4,7	5,0	5,6	4,6	5,0
Leistungsbilanz (Saldo) ^{f)}	2,2	2,1	3,2	3,1	2,5	3,1	3,8	2,7	3,3
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)}	3,1	2,5	2,2	1,5	1,6	1,4	1,4	2,0	1,7

^{a)} Schätzungen. - ^{b)} Det Økonomiske Råd, Kopenhagen, vom November 2001. - ^{c)} Kommission der EU, Brüssel, vom November 2001. - ^{d)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom November 2001. - ^{e)} Güter und Dienstleistungen. - ^{f)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

wenig verbessern, dürfte die **Leistungsbilanz** mit einem auf ca. 2³/₄% des BIP gestiegenen Überschuss schließen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** finden aus der vorjährigen Rezession heraus und expandieren um etwa 1³/₄%. Entscheidend hierfür ist der Umschwung bei den Wohnungsbauinvestitionen. Hierbei spielen die verbesserten Finanzierungsbedingungen, weiter steigende Immobilienpreise und das wieder günstigere konjunkturelle Umfeld eine wichtige Rolle. Auch der öffentliche Bau wird rascher ausgeweitet, während der gewerbliche Bau erst mit Verzögerung anspringt. Stimulierend wirken die gesunkenen Zinsen sowie die optimistischeren Absatz- und Ertragserwartungen. Zudem ist die Kapazitätsauslastung in der verarbeitenden Industrie im Laufe von 2001 nur auf den Durchschnitt der neunziger Jahre gesunken. Er liegt also immer noch ziemlich hoch, so dass etwa ab Herbst wieder häufiger Erweiterungsinvestitionen in Angriff genommen werden. Doch dominieren insgesamt die Rationalisierungsinvestitionen.

Die Lage auf dem **Arbeitsmarkt** ändert sich nur wenig. Die Beschäftigung nimmt gegenüber 2001 kaum noch zu, und die Zahl der Arbeitslosen steigt etwas. Die Unternehmen suchen die teilweise immer noch und im Allgemeinen bald wieder knappen Fachkräfte möglichst zu halten, und die öffentliche Hand wirkt wie bisher als Puffer für Arbeitssuchende. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Arbeitslosenquote wie in den Vorjahren bei annähernd 4³/₄% liegen.

Der Preisauftrieb wird moderat sein. Hierauf lassen schon die seit einigen Monaten sinkenden Erzeugerpreise schließen, die erfahrungsgemäß mit Verzögerung auf die Verbraucherpreise durchwirken. Die Lohnstückkosten steigen bei verlangsamt zunehmenden Nominallöhnen schwach,

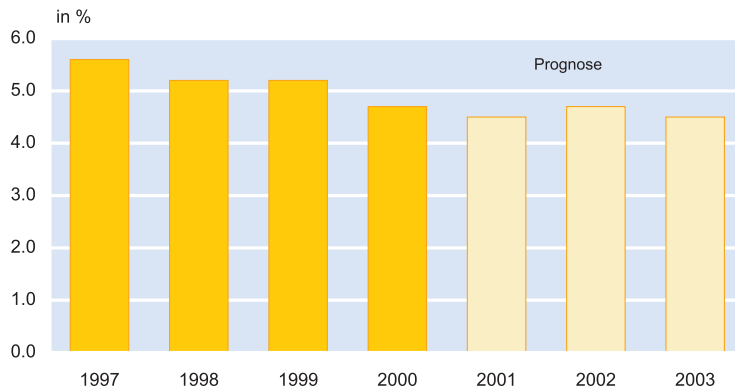
Energie- und Importpreise wirken stabilisierend, nach der ausgeprägten Verteuerung von Nahrungsmitteln im Vorjahr zeichnet sich nun eine Beruhigung ab, und in dieser Frühphase des Aufschwungs ist der Wettbewerb noch recht lebhaft. Allerdings werden auch hier – wie etwa in Deutschland und in den Niederlanden – die Ökosteuern weiter angehoben. Im Jahresdurchschnitt dürften die **Konsumentenpreise** um rund 1³/₄% über dem Niveau von 2001 liegen.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2003

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 3¹/₄%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um etwa 1²/₂% zu. In **Mitteuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3¹/₂%. In **Westeuropa**, in der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 2³/₄%; in Deutschland beträgt die Zunahme annähernd 2¹/₄%. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 22 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 7% mehr als 2002. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,95 bis 1,05 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 7¹/₂% ausgeweitet werden.

In **Dänemark** setzt sich der Aufschwung, mitgetragen von der Inlandsnachfrage, in wenig verändertem Tempo fort, nach wie vor angeregt von der Finanzpolitik und zunächst auch noch von der Geldpolitik; im Verlauf des Jahres werden die Zinsen jedoch leicht aufwärts tendieren. Der wichtigste Anstoß kommt aber von der stark expandierenden

Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Auslandsnachfrage. Das reale **Bruttoinlandsprodukt** dürfte sich um reichlich 2¹/₄% erhöhen. Dabei beginnen sich allerdings im späteren Verlauf des Jahres bei zunehmend ausgelasteten Kapazitäten verschiedentlich wieder Überhitzungserscheinungen abzuzeichnen. Bei verbesserter Lage auf dem Arbeitsmarkt verstärkt sich der Mangel an qualifizierten Kräften. Die Preise steigen etwas schneller. Die Leistungsbilanz dürfte einen etwa unverändert hohen Überschuss ausweisen.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen wird vor allem von der lebhaft zunehmenden westeuropäischen Nachfrage stimuliert. Überdurchschnittlich dürften indes die Lieferungen nach den USA sowie nach Südostasien ausgeweitet werden. Die im Vergleich mit den meisten anderen westlichen Industrieländern nach wie vor rascher steigenden Löhne bewirken jedoch einen weiteren Verlust an Weltmarktanteilen, der sogar ausgeprägter sein wird als im westeuropäischen Mittel. Einem Exportanstieg um etwa 6% dürfte eine etwa gleich starke Zunahme des **Imports** gegenüber stehen. Bei nochmals etwas günstigeren Terms of Trade ist mit einem gegenüber 2002 etwas höheren Aktivum der **Leistungsbilanz** zu rechnen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** erhöhen sich lebhaft und dürften um fast 4% zunehmen, obwohl die Zinsen im Laufe des Jahres langsam anziehen werden. Überdurchschnittlich nehmen die Ausrüstungsinvestitionen zu, angeregt durch günstige Absatz- und Ertragsersparungen, weiter steigende Kapazitätsauslastung sowie größere Anstrengungen auf den Gebieten Rationalisierung und Produktinnovation. Während der Wohnungsbau, durch spürbar steigende Haus- und Wohnungspreise, aber immer noch relativ niedrige Hypothekenzinsen stimuliert, etwa im Tempo des Vorjahres expandiert, werden gewerblicher Bau und öffentlicher Bau rascher ausgeweitet. Letzterer profitiert vor allem von den infrastrukturellen Maßnahmen im Großraum Kopenhagen,

basierend auf dem 2001 vorgelegten HUR-Regionalplan.

Der **private Konsum** erhöht sich um ungefähr 2%. Stärker zunehmende Beschäftigung, stetig steigende Reallöhne, die weitere Verteuerung von Wohnimmobilien (was trotz allmählich aufwärts tendierender Zinsen die Aufnahme von Hypotheken zu Konsumzwecken fördert) sowie die günstige konjunkturelle Entwicklung wirken anregend. Bei den langlebigen Gütern erholt sich der Absatz von Wohnungseinrichtungen deutlich, und auch Pkw werden lebhafter nachgefragt. Der **Staatsverbrauch** (rund + 1¹/₄%) verliert im Laufe des Jahres konjunkturbedingt etwas an Schwung.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Lage. Die Beschäftigung steigt wieder deutlicher, der Mangel an Fachkräften nimmt zu, und die Arbeitslosigkeit geht langsam zurück. Die Arbeitslosenquote sinkt im Jahresdurchschnitt auf ca. 4¹/₂%.

Der Preisauftrieb beschleunigt sich im Zuge der konjunkturellen Verbesserung im Laufe des Jahres leicht. Die Erzeugerpreise steigen allmählich, auch weil die Löhne wieder rascher aufwärts tendieren und die Importpreise leicht anziehen. Neuerlich werden die Ökosteuern heraufgesetzt. Die **Konsumentenpreise** dürften im Jahresdurchschnitt um knapp 2% über dem Niveau von 2002 liegen.

Abgeschlossen am 14. Januar 2002